

# bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



Unterschrift der Verhandlungsführer unter den Koalitionsvertrag im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft.

## JETZT KANN ES AN DIE ARBEIT GEHEN!

**D**ie Wochen zwischen der Bürgerschaftswahl und dem Beginn der Sommerschulferien im Land Bremen waren eine intensive und spannende Zeit in der Politik. Nachdem der Landesparteitag am 2. Juni 2015 Carsten Sieling mit einem starken Ergebnis für das Amt des Bürgermeisters nominiert und Eckpunkte für die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen einstimmig beschlossen hatte, konnten diese am 4. Juni 2015 starten. Es herrschte dabei eine freundliche Atmosphäre geprägt vom Willen, Verantwortung für das Land für die nächsten Jahre zu übernehmen. Dabei wurde inhaltlich hart gerungen und Kontroversen wurden nicht ausgeklammert – sieht man einmal vom Dissens bei der Fragestellung zur Bebauung von Teilen der Osterholzer Feldmark ab. Am Ende stand ein belastbarer Kompromiss. Dieter Reinken, der als Landesvorsitzender der Verhandlungsführer für die SPD-Seite war, drückte es aus seiner Erfahrung aus vielen Tarifverhandlungen treffend aus: „Ein Kompromiss muss beiden Seiten weh tun, tut er es einer Seite nicht, gäbe es Sieger und Besiegte

und dies wäre keine gute Basis für die Zusammenarbeit in der Koalition.“ Am Ende kamen acht Verhandlungsrunden mit insgesamt über 60 Verhandlungsstunden zusammen: Nachdem solche Knackpunkte wie die Position zum Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) und zur Gewerbe- und Wohnungsbebauung geklärt waren, wurde auch ein Weg für die Finanzen – mit klaren Verabredungen zu Einsparungen – gefunden. In der Nacht von Freitag auf Samstag (26./27. Juni 2015) stand die Forderung der SPD nach der Zusammenführung von Bildung und Kinder in ein Senatsressort zur Entscheidung an. Carsten Sieling machte nochmals klar, wie zentral dieses Vorhaben für die SPD und für ihn persönlich ist. Es fehlte nicht an Deutlichkeit, letztlich haben wir uns durchgesetzt. Die Koalitionsvereinbarung ist ganz im oben beschriebenen Sinn von Dieter Reinken ein guter Kompromiss. Die sozialdemokratische Handschrift findet sich in ihr deutlich wieder. Auf dem Landesparteitag am 11. Juli 2015 wurde der Koalitionsvertrag intensiv diskutiert und bei vier Gegenstimmen und

14 Enthaltungen mit ganz breiter Mehrheit beschlossen. Zum Thema Campus Schule Ohlenhof und zum Klinikum Bremen-Ost verabschiedeten die Delegierten begleitende Anträge für die Arbeit des Senats und der Bürgerschaftsfraktion.

Die Vorschläge für die Besetzung der sozialdemokratischen Seite des Senats fanden auf dem Landesparteitag ebenfalls breite Zustimmung. Mit Claudia Bogedan als neue Senatorin für Kinder und Bildung gab es ein richtiges Überraschungsmoment. Der SPD gelang es damit, die inhaltliche Neukonzeption auf diesem Politikfeld mit einem neuen, jungen Gesicht zu verknüpfen. Nach dem Landesparteitag und der Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen am gleichen Tag, konnte dann am 13. Juli 2015 der Koalitionsvertrag unterzeichnet werden. Am 15. Juli 2015 wurden die Senatsmitglieder von der Bürgerschaft gewählt – die Koalition stand. Eine Woche später, am 22. Juli 2015, gab Carsten Sieling als neuer Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats seine erste Regierungserklärung in der Bürgerschaft ab. Jetzt kann die Arbeit beginnen! ■

**In Bremen war es eine große Überraschung, als nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen bekannt wurde, dass Du neue Senatorin für Kinder und Bildung werden sollst. Wie war es bei Dir?**

Der Anruf kam tatsächlich völlig überraschend. Lange nachdenken musste ich trotzdem nicht. Wenn man etwas bewegen möchte und einem eine Sache wirklich am Herzen liegt, dann fühlt man sich in der Verantwortung, das, was man an politischer Überzeugung in sich trägt, auch in die Praxis umzusetzen.

**Siehst Du es denn als einen Vorteil oder einen Nachteil, dass Du von außen auf die Bremer Bildungslandschaft blickst?**

**reichs. Wie willst Du die Betroffenen – und gerade die Skeptiker – auf diesem Weg mitnehmen?**

Wir wollen mit allen beteiligten Personengruppen im Gespräch und im Diskurs bleiben. Ich plane für den Herbst eine größere Veranstaltung, auf der wir in eine Diskussion einsteigen können – darüber, was inhaltlich mit der Zusammenlegung verbunden ist. Wir wollen die Aufwertung der frühkindlichen Bildung und der Kindertagesbetreuung. Und ich denke, wir sollten uns an dieser inhaltlichen Idee gemeinschaftlich orientieren. Es ist auch nicht so, dass da alles schon in feste Formen gegossen wäre. Ich bin da ganz offen, gerade gegenüber den Akteuren, die vielfach Erfahrungen aus den Kooperationen vor Ort haben.

denke, dass uns das gelingen wird, weil wir die zusätzlichen Lehrkräfte einstellen können. Da werden wir spätestens in einem Jahr wohl Effekte sehen können. Aber gerade die zusätzlichen Maßnahmen werden länger brauchen, bis sie greifen. Da geht es ja auch um Präventionsprogramme oder darum, wie Fortbildungen anders organisiert werden können.

**Was soll sich an den Schulen verändern, damit die Schulreform noch besser umgesetzt werden kann?**

Ich glaube, dass wir mit dem Schulkonsens einen guten Rahmen für Verlässlichkeit und Stabilität geschaffen haben. Jetzt müssen wir in den Schulbereich Ruhe reinbringen. Die nächsten vier

# CLAUDIA BOGEDAN

## Die neue Senatorin für Kinder und Bildung im Gespräch

Ich sehe das ausschließlich als Vorteil. Das ermöglicht es mir, Fragen zu stellen, die jemand gar nicht mehr stellen kann, der seit Jahrzehnten dabei ist. Ich glaube außerdem, dass es gut ist, weil ich unvoreingenommen an den gesamten Prozess herangehen kann. Ich bringe eine große Offenheit mit. Mir ist es wichtig, dass wir allen Kindern und Jugendlichen eine gute Chance geben, in der Gesellschaft ihren Ort und ihre Rolle zu finden. Dabei müssen wir sie unterstützen und bestmöglich fördern. Das ist mein Ansatz – und nicht eine abstrakte revolutionäre Idee.

**Du bist Senatorin für Kinder und Bildung. Das ist ein neuer Ressort-Zuschnitt. Warum ist diese Veränderung der Zuständigkeiten sinnvoll?**

Entscheidend für den Erfolg in der Schule ist das, was vor der Schule passiert. Das ist der Stand der Forschung. Und ich glaube, wer Schule gut machen will, muss auch diesen Teil der Biographie von Kindern mitberücksichtigen und so gestalten, dass Elementar- und Primarbereich stärker ineinandergreifen können. Zudem sollten wir vom Kind und nicht mehr von der Institution her denken. An vielen Stellen wird modellhaft schon längst diese neue Praxis mit Leben gefüllt. Wir wollen dies in die Fläche tragen.

**Es gab auch Kritik an der Zusammenlegung des Kinder- und des Schulbe-**

**Ein großes Thema vor der Wahl war der Unterrichtsausfall an den Bremer Schulen. Was willst Du dagegen tun?**

Es fällt erst einmal auf, dass hier in Bremen die Zahl der Krankmeldungen bei den Lehrerinnen und Lehrern etwas über dem Bundesschnitt liegt. Aus meiner Sicht müssen wir das Problem also von zwei Seiten angehen. Das eine sind zusätzliche Lehrkräfte. Die sind in der Koalitionsvereinbarung verabredet – und die werden jetzt auch kommen. Damit können wir die Vertretungspools aufstocken und so schneller eine Vertretung gewährleisten. Wir müssen dabei aber auch die Ursachen in den Blick nehmen und schauen, wie wir den Krankenstand senken können.

**Und die andere Seite?**

Die zweite Seite ist, die Eigenständigkeit der Schulen zu stärken. Die Schulen sollen stärker in die Verantwortung gebracht – und dazu aber auch befähigt werden. Die Konstellation an den Schulen soll so organisiert werden, dass wegen schulinterner Aktivitäten nicht so viel Unterricht ausfallen muss.

**Mal realistisch: Wie schnell kann man hier messbare Erfolge erwarten?**

Natürlich muss unmittelbar bei den Schülerinnen und Schülern spürbar werden, dass mehr Unterricht ankommt. Ich

Jahre sind eher dafür da, in die Details zu schauen und an den kleinen Stellen zu gucken, wie wir zu einer Verbesserung beitragen können. Es muss darum gehen, sich die konkrete Situation an den einzelnen Schulen im Detail anzugucken

**Wie schwer ist es denn, angesichts der sehr angespannten Bremer Haushaltslage die großen Herausforderungen im Bildungsbereich zu bewältigen?**

Die Bundesländer stehen alle vor den gleichen Herausforderungen. Natürlich ist Bremen in einer besonders prekären finanziellen Lage. Trotzdem hat die Koalition festgelegt: Bildung erhält schrittweise 200 Stellen mehr. Jetzt sind wir gefordert, genauer hinzusehen und die Schätze zu heben, die sich durch eine Veränderung von kleinteiligen Strukturen ergeben. Dass Schulen das Gefühl haben, zu wenig Unterstützung zu bekommen, oder Eltern das Gefühl haben, dass ihre Kinder nicht bestmöglich unterstützt und gefördert werden – das sind, glaube ich, weit verbreitete Gefühle. Die gibt es nicht nur in Bremen, sondern nahezu bundesweit. Gerade deswegen ist die Schwerpunktsetzung der Koalition richtig. ■

*Das Interview führte Matthias Lüdecke für das BremerForum*

## ZUR PERSON:



**Dr. Claudia Bogedan wurde am 7. April 1975 in Limburg an der Lahn geboren. 2002 trat sie in die SPD ein. Sie gehört der Grundwertekommission und dem Programmbeirat Digitales Leben des SPD-Parteivorstandes an. Vor ihrer Wahl zur Senatorin für Kinder und Bildung der Freien Hansestadt Bremen, arbeitete sie als Leiterin der Abteilung Forschungsförderung bei der Hans-Böckler-Stiftung. Die promovierte Sozialwissenschaftlerin ist verheiratet und hat einen Sohn.**

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landesorganisation  
Bremen  
Obernstraße 39 – 43  
28195 Bremen  
Tel.: 0421/3 50 18-0  
Fax: 0421/3 50 18-37  
info-bremen@spd.de

**Redaktion:**  
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),  
Kevin Lenkeit.  
Namentlich gezeichnete  
Beiträge werden von den  
Autoren verantwortet.  
Seite 3: SPD-Bürger-  
schaftsfraktion Bremen,  
André Städler (V.i.S.d.P.),  
Wachtstraße 27/29,  
28195 Bremen

# Heuschreckensteuer: Gewissenlose Spekulanten stoppen!

**S**tromführende Kabel, die aus Wänden und Decken hängen. Schimmel in der ganzen Wohnung. Vergammelte Fenster, die sich kaum schließen lassen. Fassadenteile, die von Hochhäusern stürzen. All das ist kein Schreckensszenario, sondern Realität in einigen Bremer Wohnkomplexen, die zum Ziel von sogenannten Immobilienheuschrecken geworden sind. Während diese Kapitalgesellschaften lediglich darauf aus sind, hohe Gewinne zu erwirtschaften, leiden vor allem die Bewohner.

**A**uf Bestreben der SPD-Fraktion prüft Bremen deshalb nun die Einführung einer „Heuschreckensteuer“, um Immobilienspekulanten den Anreiz für Geschäfte auf Kosten der Mieter zu nehmen. „Wohnen ist keine Ware, sondern ein Grundrecht. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass Kapitalgesellschaften, die nur das Interesse haben, möglichst viel Profit zu machen, Immobilien in Massen erwerben und sie nach dem Kauf herunterkommen lassen. Denn das wirkt sich nicht nur negativ auf ganze Wohnviertel und die Wohnungswirtschaft generell aus, sondern gefährdet auch die in den Wohnungen lebenden Menschen“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe die Hintergründe der geplanten Steuer.

**D**abei stellt er klar: „Wenn wir von Heuschreckensteuer sprechen, meinen wir das auch so: Wir nehmen mit der geplanten Steuer ausschließlich sogenannte Private-Equity-Unternehmen oder Hedge-Fonds ins Visier. Deren Geschäftsmodell basiert darauf, dass sie zu günstigen Preisen große Wohnungspakete in Bestandsimmobilien in ungünstigen Lagen erwerben,



Gerade in Großwohnkomplexen müssen Mieter besser vor den zweifelhaften Geschäftsmodellen von lediglich an Gewinnmaximierung interessierten Immobilienheuschrecken geschützt werden.

ben, Mieten erhöhen und die Instandhaltungsaufwendungen drastisch reduzieren.“

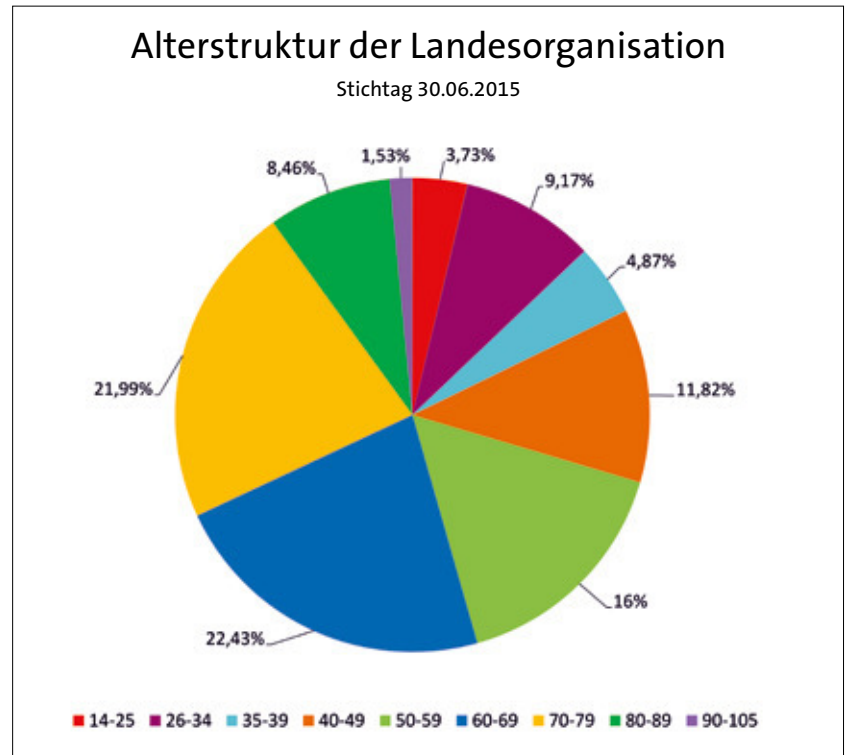
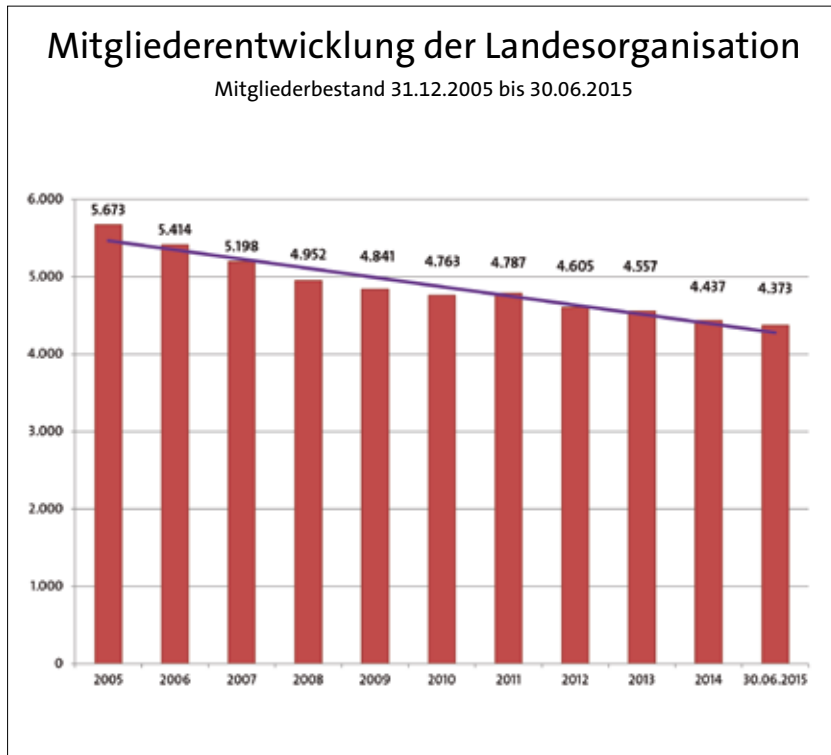
**W**er Wohnungen – nebst den Bewohnern – nur als kurzfristig auszupressende Ware sieht, soll in Bremen deshalb zukünftig einen erhöhten Grunderwerbssteuersatz, orientiert an der Höhe der Mehrwertsteuer, zahlen. Tschöpe: „Unternehmen, für die Wohnungen lediglich ein Produkt wie jedes andere sind, müssen eben auch den Steuersatz, der für jedes andere Produkt fällig ist, bezahlen.“ Der bremischen Wohnungswirtschaft, die sich im Gegensatz zu den kritisierten Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung stellt, könne dies nur nutzen, so der Sozialdemokrat: „Das Problem ist doch, dass auch die Immobilienver-

antwortungsvoll handelnder Eigentümer im Wert sinken, wenn Spekulanten und Heuschrecken ihre Häuser in der Nachbarschaft verfallen lassen.“

**D**ie geplante Heuschreckensteuer ist nun Inhalt eines Prüfauftrags, den der Senat bis Dezember abarbeiten soll. Tschöpe: „Wir sind der Meinung, dass die Erhebung einer solchen Lenkungssteuer auf Landesebene generell möglich ist. Zudem gilt es, klare Regularien zu entwickeln, um wirklich die Spreu vom Weizen zu trennen. Klar ist: Am Ende soll die erhöhte Grunderwerbssteuer tatsächlich trennscharf die Immobilienheuschrecken und keinesfalls verantwortungsvoll handelnde Immobilieninvestoren oder Wohnungsbauunternehmen treffen.“ (TJ) ■

# DIE BREMER SPD BRAUCHT EINEN NEUEN ANZUG

Strukturen modernisieren, Handlungsfähigkeit sichern. *Von Roland Pahl, Landesgeschäftsführer*



**D**er Landesvorstand hat bereits auf seiner konstituierenden Sitzung im Juli 2014 auf seine Agenda gesetzt, sich im zweiten Halbjahr 2015 – nach der Bürgerschaftswahl – mit der Organisationsstruktur und der Kampagnenfähigkeit der SPD im Land Bremen zu befassen. Warum: Wie fast alle Großorganisationen hat die SPD bundesweit deutlich an Mitgliedern verloren, in den letzten zehn Jahren rund 1.300 im Land Bremen. Der Altersdurchschnitt ist hoch, er beträgt 59 Jahre, 54,4 Prozent der Mitglieder sind über 60 Jahre und beinahe zehn Prozent sind älter als 80 Jahre (Stichtag: 30. Juni 2015). Trotz aller Bemühungen um neue Mitglieder, und es gilt natürlich die Kraft in der Mitgliederwerbung in Zukunft weiter deutlich zu steigern, ist dennoch zu befürchten, dass die Mitgliederzahl auch in den nächsten Jahren zunächst noch weiter sinken wird. Der Aufbau und die Wege in der Partei sind im Großen und Ganzen noch die gleichen, wie in der Zeit, als die Partei in Bremen und Bremerhaven noch über 10.000 Mitglieder zählte. Angesichts dieser Entwicklung in der Mitgliederzahl, was natürlich auch Rückwirkungen auf die Finanzsituation der Partei hat, ist es offenkundig, dass der Aufbau unserer Parteistrukturen nicht mehr passend ist, dass wir den „Mantel“ nicht mehr richtig ausfüllen können und er den Schneider bedarf. Dass dies alles nach dem bekannten Ausgang der Bürgerschaftswahl nochmals aktueller und dringender geworden ist, steht sicher außer Frage. Organisation ist aber kein Selbstzweck – bei allen Überlegungen ist der feste Blick darauf zu richten, die politische Handlungs- und Funktionsfähigkeit unserer Partei zu sichern:

Es geht darum, die Beteiligung der Mitglieder zu stärken und den politischen Diskurs zu beleben, hierzu gehören die kontroverse Debatte und der Streit um inhaltliche Positionen. Dabei ist die Themenkompetenz der Arbeitsgemeinschaften, Foren

und sonstiger Arbeitszusammenhänge besser einzubeziehen und zu nutzen. Nur eine für die Mitglieder attraktive Partei kann neue Mitglieder gewinnen!

Es geht darum, die Ortsvereine so aufzustellen, dass sie ihre vielfältigen Aufgaben und Funktionen überhaupt erfüllen können.

Es geht darum, die Störfaktoren im demokratischen Willensbildungsprozess, begründet im großen Unterschied der Mitgliederstärke der Unterbezirke, zu beseitigen.

Letztlich geht es darum, die vorhandenen, in den kommenden Jahren aber deutlich weniger

werdenden finanziellen Mittel so aufzuteilen, dass eine lebendige Parteiarbeit, die Durchführung von Kampagnen und Wahlkämpfen und die Eigenständigkeit der Landesorganisation Bremen gesichert werden. Wir wollen auch in Zukunft die Gesellschaft mitgestalten und Wahlen gewinnen!

Es braucht „Mut zur Veränderung“. Nach einer gemeinsamen Klausur des geschäftsführenden Landesvorstandes mit den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Unterbezirke werden Mitte September konkrete Handlungsoptionen vorgestellt, die dann in der Partei zu diskutieren sein werden. ■

